

Streit über Lockerung des Kündigungsschutzes

Quelle: www.t-online.de, erschienen am 02. Oktober 2009

Noch vor Beginn der offiziellen Koalitionsverhandlungen ist zwischen Union und FDP ein heftiger Streit über mögliche Änderungen beim Kündigungsschutz entbrannt. Während der Arbeitnehmerflügel der CDU den Kündigungsschutz verteidigte, bekräftigte der niedersächsische Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) das Vorhaben seiner Partei, den Kündigungsschutz zu lockern. Wirtschaftsexperten sind für einen Wegfall des Schutzes bei Neueinstellungen.

Der Vorsitzende der Christlichen Arbeitnehmer und NRW-Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) sprach sich gegen eine Aufweichung des Kündigungsschutzes aus. Es gebe überhaupt keinen Grund, "die stabilen sozialverpflichtungspflichtigen Arbeitsverhältnisse in Frage zu stellen", sagte er im ARD-Morgenmagazin. In den vergangenen Jahren seien genügend flexible Regelungen ins Arbeitsrecht eingebaut worden. Als Beispiele nannte er die Möglichkeit befristeter Verträge und Leiharbeit. In der "Wetzlarer Neuen Zeitung" sagte er, die FDP werde sich mit ihrer Forderung nach einer Aufweichung des Kündigungsschutzes nicht durchsetzen: "Da kann die FDP sich auf den Kopf stellen."

FDP: Nur bei Neueinstellungen

Dagegen sagte der FDP-Politiker Rösler dem "Hamburger Abendblatt", ein gelockerter Kündigungsschutz sei "eine Chance für jeden Arbeitslosen, überhaupt Arbeit zu bekommen". Er warnte die Union vor Kritik an der FDP-Position, schließlich würden sich die FDP-Forderungen ausschließlich auf Neueinstellungen beziehen. "Unsere Forderungen treffen diejenigen, die jetzt in Arbeit sind, überhaupt nicht", sagte Rösler. "Wir wollen eine Lockerung des Kündigungsschutzes für neu Einstellende."

Experten unterstützen FDP-Linie

Auch mehrere Wirtschaftsinstitute sprachen sich für einen Wegfall des Kündigungsschutzes bei Neueinstellungen aus, lehnten aber eine umfangreiche Lockerung des Kündigungsschutzes ab. Der Präsident des Münchner ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, setzte sich in der "Passauer Neuen Presse" dafür ein, zwischen Verträgen mit Kündigungsschutz und solchen ohne wählen zu können, die dann aber mit besseren Konditionen ausgestattet wären.

Schleichender Wegfall des Schutzes

Auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) unterstützte die Forderung, den Kündigungsschutz bei Neueinstellung von Arbeitslosen wegfällen zu lassen. DIW-Arbeitsmarktexperte Viktor Steiner räumte aber in der "Berliner Zeitung" ein, dass dadurch langfristig wegen der Fluktuation in den Betrieben kaum noch Mitarbeiter in den Genuss des Kündigungsschutzes kämen.

"Profilierungselement"

Hilmar Schneider vom Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA) wies im WDR darauf hin, dass ein gelockerter Kündigungsschutz nicht unbedingt zu mehr Beschäftigung führe. "Er sorgt für mehr Einstellungsbereitschaft, aber er sorgt auch für mehr Entlassungsbereitschaft. Und unterm Strich tut sich bei der Bevölkerung nicht viel." Die Forderungen seien also in erster Linie ein "Profilierungselement" für die FDP.

Schavan mahnt zu Zurückhaltung

Auch innerhalb der CDU ist eine Lockerung des Kündigungsschutzes umstritten. Der Fraktionsvorsitzende der hessischen CDU, Christian Wagner, forderte in der "Wetzlarer Neuen Zeitung" eine stärkere Ausrichtung der CDU auf wirtschaftsliberale Positionen. CDU-Bundesvize Annette Schavan mahnte dagegen zur Zurückhaltung. "Viele Fraktionsmitglieder haben doch jetzt im Wahlkampf erlebt, dass die Leute uns ihr Vertrauen für eine Politik der ökonomischen und sozialen Stabilität gegeben haben", sagte Schavan dem "Handelsblatt". Die derzeitige Bildungsministerin gehört dem CDU-Verhandlungsteam für die Koalitionsgespräche mit der FDP an.